



Bild: Bürger protestierten erfolgreich gegen die geplante Garage unter der Schule, Geblergasse (S. 8)

AKTION 21

Wer wir sind - wofür wir stehen - was wir tun

Mehr Rechte für Bürgerinnen und Bürger!

Vernichtung von Grünflächen, Verkehrsprobleme, Straßen- und Tunnelprojekte, Megabauprojekte und nicht benötigte Garagen. Aber auch Dauerbrenner, wie Kinderrechte und Nein zur Atomenergie, sowie ein positives Beispiel von Grätzarbeit engagierter Bürgerinnen und Bürger.

Die zahlreichen Initiativen, die in dieser Augustin-Sonderausgabe berichten, stehen stellvertretend für viele, die das Drüberfahren über ihre Anliegen nicht länger hinnehmen wollen. Was engagierte Bürgerinnen und Bürger hier beschreiben, stellt einen repräsentativen Querschnitt von Problemen dar, die zunehmenden Widerstand und Protest in der Bevölkerung hervorrufen.

Begonnen hat alles im Herbst 2006 mit der Vereinsgründung von Aktion21 – dem

Dachverband für Bürgerinitiativen. Damals waren wir fünf Männer und eine Frau. Alle hatten Erfahrungen mit Bürgerinitiativen, Behörden und Politikern. Aktion steht für die Tat und das Engagement. Die Zahl 21 für das Jahrhundert. Wir sind parteiunabhängig und arbeiten ausschließlich ehrenamtlich.

Die Erfahrungen, die wir bei der Verfolgung unserer Anliegen gemacht haben, geben wir seit 2006 weiter. Nicht jeder, der den Mut hat sich zu engagieren, sollte das Rad neu erfinden müssen. Unterstützung, Solidarität, Austausch und Vernetzung werden angeboten. Ein Leit(Leid)faden wurde verfasst: ‚Wie mache ich eine Bürgerinitiative?‘

Unsere Hauptforderungen an die Entscheidungsträger unseres Landes sind un-

In dieser Ausgabe:

»Ein Zitat muss her.« Das Otto Wagner Spital am Steinhof ► auf Seite 2.

»Ein Zitat muss her.« Es erhärten sich Verdachtsmomente privater Bevorzugung, und die Bürgerbefragung gerät zur Farce ► auf Seite 3.

»Ein Zitat muss her.« Umwidmungsaufträge werden prompt erledigt ► auf Seite 4.

Endgültig ist ungültig? Unseren Politikern dürfte es egal sein ► auf Seite 4.

»Ein Zitat muss her.« Christoph Chorherr widerlegt sich selbst ► auf Seite 5.

»Ein Zitat muss her.« Ein Krankheitsbild der Wiener Stadtentwicklung ► auf Seite 5.

»Ein Zitat muss her.« Ein wahres Wort von Erwin Soravia ► auf Seite 5.

»Ein Zitat muss her.« Das Diktat der Stadtentwickler ► auf Seite 6.

»Ein Zitat muss her.« Wie potemkinische Dörfer auf Schiene gebracht werden ► auf Seite 6.

»Ein Zitat muss her.« Die Initiative Kaisermühlen stellt sich vor ► auf Seite 7.

missverständlich: Die rechtliche Verankerung von Bürgerbeteiligung und die Einbindung der Betroffenen bereits bei der Planung von Projekten - vor allem bei Großprojekten.

Dieses Ziel ließe sich kurz- bis mittelfristig durchaus in kleinen Schritten realisieren.

Ein Maßnahmenkatalog „Forderungen zur Verbesserung partizipativer Demokratie in Wien“ wurde Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou bereits im Jahr 2011 übergeben. Generell wird neben mehr Transparenz und mehr Information auch die Abschaffung des Amtsgeheimnisses gefordert.

Seit Herbst 2012 ist Aktion21 unter dem Namen Aktion21-Austria bundesweit tätig.

Herta Wessely
Pressesprecherin
Aktion21-Austria
Stellvertreterin des Obmanns

www.aktion21.at; www.aktion21-austria.at

DAS OTTO WAGNER SPITAL AM STEINHOF

Nutzungskonzept erstellen und bedarfsorientiert verwenden

Fachgremien haben entschieden, dass das Gesamtareal des Otto Wagner Spitals im öffentlichen Eigentum verbleiben soll. Im Osten wurden für die langfristige Nutzung Baulandreserven eruiert und flexibel verwendbare Gebäudeformen vorgeschlagen.

Diese Baulandreserven, wie zurzeit von der Wiener Stadtregierung geplant, für Wohnbauten zur privaten Nutzung zu verwenden, widerspricht nicht nur den Intentionen der Experten. Wertvolle Therapieeinrichtungen im Osten würden unweigerlich durch die Wohnklave verdrängt. Dabei ist der Bedarf an zusätzlichen (Langzeit-) Therapie- und Rehabili-

tationseinrichtungen enorm. So existiert z.B. für 6.000 kranke oder verunfallte Kinder und Jugendliche keine einzige Reha-Klinik und „die Versorgungslage im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist in Österreich eine Katastrophe“ (Dr. Hartl, Fachgruppenobfrau der Österr. Ärztekammer.)

Im Rahmen des Mediationsverfahrens wurden - im Konsens mit den Vertretern der Stadt Wien - die Nutzungsbereiche Soziales, Medizin, Lehre, Forschung, Ausbildung, Kunst und Kultur festgeschrieben. Seitens der Ärzteschaft des Otto Wagner Spitals liegt seit Jahren ein umfangreiches, bedarfsorientiertes Nutzungskonzept vor. Der Verein „Heilkunstareal“ möchte ein selbstfinanziertes ganzheitsmedizinisches Gesundheitszentrum etablieren.

Auch Zwischennutzungen sind für den Er-

halt der Gebäude dringend notwendig. Die MA18 verfügt über eine eigene rührige Abteilung. Revitalisierung und Betrieb der Anlage bieten außerdem viel Raum für sozialökonomische Projekte für Arbeitslose, Menschen mit Behinderung, Jugendliche ohne Lehrabschluss etc.

Gerade in Krisenzeiten müssen gesellschaftliche Interessen vor Einzelinteressen stehen. Diesbezüglich sind wir weiterhin an Einbindung in transparente Entscheidungsprozesse und der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern interessiert.

Wolfgang Veit, Irmi Novak, Christine Muchsler für die BI „Steinhof-gestalten“

www.steinhof-gestalten.at
steinhof@gmx.at, Facebook-Gruppe
„Steinhof als Gemeingut erhalten“



HIRSCHSTETTEN: GALLISCHES DORF IN TRANSDANUBIEN

Im Namen unserer Initiative steht unser Programm: Hirschstetten, seine Kinder und Enkelkinder, durch Zivilcourage der örtlichen Bevölkerung retten. So sind wir im Oktober 2012 angetreten. Als reiner Familienbetrieb. Knapp 1 ¾ Jahre später gehören wir nicht nur zu den größten BürgerInneninitiativen Österreichs, sondern wir haben auch unseren Aktionsradius auf unsere benachbarten Bezirksteile und Richtung östliches Niederösterreich erweitert.

Die zahlreichen Bürger hinter Hirschstetten-retten sind nicht GEGEN etwas, sie sind FÜR die Erhaltung ihres Lebensraumes. Darauf legen sie großen Wert. Dass hier Autobahnen und Schnellstraßen nicht hinein passen, ist selbstredend. Unser Thema ist ein „schwieriges“: Es hat die Zurückdrängung des liebsten Spielzeugs von Herrn und Frau Österreicher aus dem Straßenraum zum Thema. Es kann nicht

sein, dass im Jahr 2014 immer noch Autobahnen durch Wien gebaut werden sollen. Genau durch unseren Lebensraum soll die A23 mit der S1 und in weiterer Folge mit der S8, mit einer vier- bis sechspurigen Verbindungsstraße ohne Ampeln und Kreuzungen, also einer Schnellstraße mit Tempolimit, verbunden werden. Und das alles auf Kosten unserer Kinder. Die „Stadtstraße“ und die weiterführende S1 Spange/Seestadt kosten zusammen über eine Milliarde Euro. Geld, das wir nicht haben. Und wenn wir es hätten, bräuchten wir es für die Ausbildung unserer Kinder. „Auf dem Rücken unserer Kinder“ nennt das Harald Frey von der TU Wien. „Neue Autobahnen ziehen nur neuen Verkehr an. Das Autobahnnetz in Österreich ist gut ausgebaut. Wir

brauchen daher keine neue Autobahnen“, meint der renommierte Verkehrsplaner Werner Rosinak. Das meinen wir auch. Helft mit, die größten und sinnlosesten Verkehrsprojekte in Wien seit Errichtung der Tangente in die Schranken zu weisen. Es geht nämlich ganz Wien etwas an.

www.hirschstetten-retten.at

www.facebook.com/hirschstetten.retten



DANUBE FLATS: WER NICHTS WEISS, MUSS ALLES GLAUBEN

Wussten Sie, dass ...

...das Cineplexx an der Reichsbrücke erst 15 Jahre alt ist und abgerissen werden soll um Platz für ein 150m Hochhaus zu machen?

...auf dieser Liegenschaft die Errichtung von Wohnungen untersagt ist und nicht höher als 26m gebaut werden dürfte?

...die gültigen gesetzlichen Bebauungsbestimmungen erst 2004 vom Gemeinderat beschlossen wurden und jetzt zu Gunsten Danube Flats aufgehoben werden sollen?

...es sich um ein Bauvorhaben der privaten Danube Flats GmbH handelt?

...dieses Unternehmen 2011 gegründet wurde und mit der Soravia Group und der S+B Gruppe verflochten ist?

...der Entwurf zu Danube Flats das Ergebnis aus einem privaten Auswahlverfahren ist?

...GR Chorherr und BV Scheed, zwei ranghohen Magistratsbeamten neben zwei Vertretern der Danube Flats GmbH und zwei ExpertInnen von dem vorliegenden Entwurf überzeugt wurden?

...durch die Änderung der gesetzlichen Bebauungsbestimmungen ein gigantischer Umwidmungsgewinn für die private

Danube Flats GmbH generiert wird

...dass eine Empfehlung aus einem unverbindlichen Dokument für die gravierende Änderung einer gesetzlichen Vorgabe geeignet ist?

... dass ein privater Verwertungswunsch plötzlich zu einem städtebaulichen Leitbild mutierte?

...die Petition „Kein weiteres Hochhaus in Kaisermühlen“ mit 1.111 Unterstützungserklärungen eingereicht wurde?

...der Petitionsausschuss aus 15 Mitgliedern besteht davon 8 SPÖ, 4 FPÖ, 2 ÖVP und 1 von den Grünen?

...mit dieser Stimmenverteilung die Beschlussfassung im Petitionsausschuss von einer Partei absolut beherrscht wird?

... dass die Danube Flats GmbH ausgewählte Mitglieder des Petitionsausschusses mit Hintergrundinformationen versorgt hat?

...dass der Petitionsausschuss zur Beschlussfassung Stellungnahmen von Stadträtin Vassilakou zu Grunde legte

... dass der Petitionsausschuss eine Beurteilung von weisungsungebundener Stelle abgelehnt hat

...eine Anrainerumfrage zum Bauvorha-

ben Danube Flats mit 4.700 Fragebögen von der MA21 durchgeführt wurde Initiative Kaisermühlen

...sich die einzig konkrete Frage zu Danube Flats nur auf die Wahl zwischen gefällt sehr und gefällt gar nicht beschränkt hat

...sonst nur Fragen zu Infrastruktur und Uferbereich angeführt waren, die nicht mit der Errichtung eines Hochhauses zu tun hat.

...nur 667 Fragebögen retourniert wurden und davon nur knapp über 300 Danube Flats als sehr/recht gelungen bewertet haben

Glauben Sie...

...wirklich an das Märchen von Transparenz, Partizipation, Bürgerbeteiligung...



NEUER MARKT: LETZTES SPEKULATIONS- GEBIET DER CITY



Seit 2001 kämpft die Bürgerinitiative gegen das absurde Tiefgaragenprojekt unter dem Neuen Markt. Während man in ganz Europa den Autoverkehr aus den historischen Innenstädten verbannt, erscheint so ein Projekt wie ein Relikt aus den fünfziger Jahren. Jede Garage im innersten Stadtkern ist ein brutaler, irreversibler Eingriff in das architektonische Erscheinungsbild.

Bei einer Bürgerbefragung im März 2006 unter der neuen Bezirkschefin Ursula Stenzel kam es zu einem klaren Nein zur geplanten Garage. (73,5% votierten dagegen).

Dieses Ergebnis passte einigen „Drahtziehern“ dieser Stadt gar nicht ins Konzept. Durch die lügenhafte Behauptung, die Platzgestaltung sei ohne Garage nicht finanzierbar, wurde jede Alternative zur Tiefgarage ausgeschlossen – so als ob es in Wien nicht zahllose Beispiele für hervorragend gestaltete Plätze gäbe, die ohne Garage finanziert wurden.

Einig am Neuen Markt ist man dieser Gestaltungsverpflichtung nicht nachgekommen. Im Gegenteil, man hat den Platz absichtlich verlottern lassen, um das Wahnsinnsprojekt durchzudrücken. Da das eindeutige Ergebnis der Bürger-

befragung vom März 2006 diesen Interessensgruppen zuwiderlief, gab es im März 2012 ein zweites Votum.

Eine manipulative Kampagne, die den Grundsätzen westlicher Demokratien widersprach, machte diese Befragung zur Farce: 77,3% stimmten für die „Neugestaltung des Albertina-Platzes und des Neuen Marktes samt Tiefgarage“. Für die Stadtregierung sind die Würfel damit gefallen.

Der Neue Markt verlottert weiter. Mit dem Garagenbau soll vielleicht 2015 begonnen werden.

*Lisa Fritsch, Martin Ertl Flamm,
Eva Johannis*

BI gegen den Bau der Tiefgarage am Neuen Markt

www.XXXXXXXXXXXXXXXXXX

DIE WIENER PLATTFORM ATOMKRAFTFREI

Gegründet 1986 aus Anlass des Super- gaus von Tschernobyl als unabhängige Organisation gegen Atomkraft durch Maria Urban.

Insgesamt sind wir 30-40 Aktivisten, die alle ehrenamtlich arbeiten und unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Wir wollen eine atomkraftfreie und atomwaffenfreie Welt. Dafür setzen wir uns ein. Unser dringlichstes Thema ist jetzt: Kein Atommüll-Endlager an Österreichs Grenze!

Tschechien plant ein Atommüllendlager an der tschechisch-österreichischen Grenze. Die Umsetzung dieses Vorhabens stellt eine massive Bedrohung für Österreich dar:

- Der Sicherheitsnachweis für Behälter und Gestein ist für 1 Million Jahre erforderlich - das ist menschenunmöglich!
- Durch undichte Stellen besteht eine Gefährdung des Grundwassers!
- Durch die Erdbebengefahr entstehen zusätzliche Risiken.

- Die Lagerung des hochradioaktiven Atommülls muss kontrollierbar sein und daher zugänglich gestaltet werden!

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei fordert daher die österreichische Bundesregierung auf, entschieden gegen den Bau eines Atommüllendlagers an Österreichs Grenze einzutreten!

Das Endlager bedroht Land und Leute - wir wollen nicht mit diesem Risiko leben! Unterstützen Sie unser Anliegen und kommen Sie zur Kundgebung am Nationalfeiertag, den 26. 10. 2014!

Schauen Sie auf unsere Website und holen Sie sich Ihre Unterschriftenliste!

Besuchen Sie uns an unserem wöchentlichen Infostand in der Schottenpassage, jeden Mittwoch 11.30 bis 16 Uhr!

Wiener Plattform Atomkraftfrei
Fehnerweg 16, 2380 Perchtoldsdorf
Tel. & Fax 01/865 99 39
atomkraftfreieukunft@gmx.at
www.atomkraftfreieukunft.at



DAS SPAR - LOGISTIKZENTRUM IN EBERGASSING

Projekt wider jede Vernunft

Der SPAR-Konzern errichtet in Ebergassing gegen den Willen der Bevölkerung eines der größten Lebensmittel-Logistikzentren Europas. Vor einer neu errichteten Siedlung! „Durch starken Anstieg des Schwerverkehrs wird sich unsere Lebensqualität massiv verschlechtern. Alleine das Volumen des Komplexes entspricht ca. 1000 Einfamilienhäusern“, so die Gründer der Initiative Kontra-Logistikzentrum-Ebergassing Judith Zeilinger-Eberl und Thomas Edelmaier.

Sogar ein Gutachten der Technischen Universität Wien bestätigt, dass der Standort für ein Logistikzentrum ungeeignet ist, da die erforderliche Anbindung an das höherwertige Straßennetz kilometerweit entfernt ist. Auch Teile eines Natura 2000-Naturschutzgebiets müssen geopfert werden.

Das Logistikzentrum soll rund um die Uhr in Betrieb sein. Massiver Lärm in der Nachtzeit, an Wochenenden und an Feiertagen wird die Lebensqualität der Bevöl-



kerung nachhaltig beeinträchtigen. Jährlich ist mit ca. 270.000 KfZ-Fahrten zu rechnen.

Direkt neben einem Freizeitgelände samt Kinderspielplatz will SPAR auch einen LKW-Warteplatz errichten – mit Lärm, Abgasen und Diesel-Kühlaggregaten. „Wir haben berechtigte Angst um die Gesundheit unserer Kinder“, ergänzen die Gründer der Bürgerinitiative.

SPAR hält weiterhin an dem ungeeigneten Standort fest und beginnt trotz fehlender gewerberechtlicher Bewilligung mit dem

Bau - obwohl Alternativ-Standorte angeboten wurden.

Die niederösterreichische Raumordnung hat völlig versagt. Niemand baut ein Logistikzentrum fernab guter Verkehrsanbindungen direkt neben Wohngebiet und Kinderspielplatz. Das sagt jedem Bürger der Hausverstand.

Bürgerinitiative Kontra-Logistikzentrum-Ebergassing
www.kontra-logzentrum-ebergassing.com

BÜRGERINITIATIVE KINDERRECHTE

Die Bürgerinitiative Kinderrechte versteht sich als eine aus der Bevölkerung heraus gebildete Interessensvereinigung, die sich aufgrund Missständen im Bereich der Kinderrechte in ihrer politischen und sozialen Umwelt organisiert. Jedes Bundesland hat eine Landesbehörde für die Jugendwohlfahrt und neun eigene Gesetze. Die Jugendwohlfahrt verfügt über ein Monopol. Sie kann ein Kind aus der Familie wegen einer behaupteten Gefährdung ('Gefahr im Verzug') herausnehmen und fremdunterbringen. 2011 gab es 8.816 Häftlinge, zahlenmäßig weniger als die 11.343 fremduntergebrachten Kinder im selben Jahr! Die willkürliche Vorgangsweise verletzt Artikel 12, 16 und 25 der allgemeinen Menschenrechte sowie die Kinderrechtskonvention, von der in Österreich lediglich 8 der 45 Artikel abgeändert übernommen wurden. Typische

Muster im Vorfeld - neben bestimmten Zielgruppen - einer Kindesabnahme sind, dass bei Elternstreit Väter zuerst „entsorgt“ werden, über Frauenhäuser, dann werden die Kinder wegen Überforderung der Mutter fremduntergebracht. Oder: Sexueller Missbrauch wird behauptet. Der Verdacht wird nicht bestätigt, aber das Kind ist weg. Kontakte zu Kindern werden konsequenzenlos unterbunden, um Bezugspersonen zu bestrafen. Dies ist ein Verstoß gegen die Artikel 3, 5, 8 und 13 der Menschenrechtskonvention. Die Jugendämter verweigern Akteneinsicht. Es gibt keine wirksame Beschwerdemöglichkeit und die Gerichte entscheiden für diese Ämter - ohne objektiv sachliche, nachvollziehbare Grundlage. Menschenrechte sind in Österreich nicht umsetzbar. Die Inkompetenz der Jugendämter zeigt sich auch, weil Kinder in Familien bleiben,

in denen sie getötet werden (Melvin, Luca, Cain, Mirel). Einige Themen wurden hier nur angerissen, Hintergrundwissen wird im Schwarzbuch Familienrecht Österreich (Amazon) vermittelt.

www.kind24.co.at



DAS BÜRGERINNEN NETZWERK WIEN-NÖ NORDOST (BNWN)



Das BürgerInnen-Netzwerk BNWN will verfehlte Infrastrukturpolitik in der Grenzregion Wien-NÖ aufzeigen und die Zerstörung des Nationalparks Donau-Auen verhindern!

Das BürgerInnen-Netzwerk besteht aus 18 Vertretern von Bürgerinitiativen und Vereinen und ist historisch betrachtet aus der Protestbewegung der Bürgerinitiative Hirschstetten-retten entstanden. Stellvertretend für zehntausende Menschen, versuchen ihre Aktivist:innen die gemeinsa-

men Anliegen für einen Mobilitätsmasterplan in die Öffentlichkeit zu tragen.

Folgende Maßnahmen wurden ergriffen:

- Das Einbringen einer EU-Parlaments-Petition, welche von den EU-Vertretern als dringlich eingestuft wurde und derzeit von EU-Kommissionsvertretern bearbeitet wird.
- Ein offener Brief an Vertreter der Wiener Stadtregierung für ein zeitgemäßes Mobilitätskonzept wurde verfasst. Darin befinden sich Vorschläge zur Verkehrsberuhigung von Wohngebieten, Ausbau des öffentlichen Verkehrs für Pendler aus NÖ und ein durchgängiges Radwegnetz.
- Mit der Informationskampagne „Lebensraum statt Verkehrsalmtraum“ wur-

den tausende Menschen informiert und 600 Teilnehmer zur größten Protestkundgebung der Donau-Stadt bewegt, um gegen die absehbaren Auswirkungen der geplanten Transitachsen Stadtstraße Aspern&S1-Spange Seestadt, S1 Lobau-Autobahn, S8 Marchfeldschnellstraße und A5 Weinviertelautobahn im Nordosten Wiens und Niederösterreichs zu protestieren.

Wir bitten daher auch Sie als Leser dieser Augustin-Sonderbeilage, unsere Aktivitäten zu unterstützen und damit der Verschwendung von ca. 5 Milliarden Euro Steuergeldern einen Riegel vorzuschieben!

Besuchen Sie unsere Plattform auf Facebook: www.facebook.com/bnwn.nordost

NATUR STATT BETON - RETTET DIE LOBAU!

Die gleichnamige Bürgerinitiative konstituierte sich 2003 als Verein, um die vom Verkehrsministerium geplante „Lobau-Autobahn“ S1 zu verhindern. Bisher gelungen. Die S1 ist Teil einer internationalen Schwerverkehrsverkehrsachse Danzig - Wien, TEN (Trans European Networks) Nr. 25. Sie würde nicht nur Lärm und zusätzliche Schadstoffe in ein Feinstaub- und NOx-Sanierungsgebiet bringen. Bedroht wäre auch das Trinkwasserschutzgebiet zur Katastrophenwasserversorgung von Wien (während Tschernobyl wurde ganz Wien mit Trinkwasser aus der



Lobau versorgt). Durch die Lobau, wo der Nationalpark Donauauen am breitesten ist, sind zwei Tunnelröhren zu je 15 m Durchmesser geplant, je 8,5 km lang. Eine Lobau-Autobahn würde 3 Mrd. Euro kosten.

Gleichzeitig ist geplant, die parallel verlaufende Schnellbahnlinie S80 noch mehr kaputtzuspüren. Sie könnte - attraktiviert und intervallverdichtet - DIE ideale Entlastung der Südosttangente sein. Stattdessen droht nach Ausdünnung der Intervalle von 20 auf 30 Minuten mit Jahresende 2014 die Schließung der Station Lo-

bau. Öffis, Fahrrad und fußgefreundliche Flächenwidmung könnten Verkehrsprobleme wirklich lösen. Wenn man/frau sie lässt.

Jetzt die drohenden Horrorautobahnen verhindern! S1 & ihre „Metastasen“ Marchfeldschnellstrasse, Spange Seestadt Aspern, Stadtstrasse Hirstetten, A5 Verlängerung durchlaufen die Umweltverträglichkeitsprüfung. Mithilfe/Spenden (BIC: OPSKATWW, IBAN: AT 746 000 000 092 168 510) dringend benötigt!

www.lobau.org

WIEN MEILING: SCHUTZGEBIET AM TIVOLI GERETTET

Im Jänner 2009 tauchten Pläne zur Verbauung des Meidlinger Springerparks nahe Schönbrunn auf. Dank eines Deals mit der SPÖ plante die Politische Akademie der ÖVP (PoIAk) die Errichtung eines 160 Zimmer großen Hotels samt Tiefgarage und den Bau von zumindest vier mehrstöckigen Luxus-Wohnblocks. Alles im streng geschützten Park- und Landschaftsschutzgebiet. Mitten im flächigen Naturdenkmal!

Doch es kam anders. Jahrelanger, massiver Widerstand der Bevölkerung regte sich – auch gegen die geplante Verbauung der angrenzenden Marillental. Mehr als 120 Medienberichte begleiteten die öffentliche Diskussion.

Eine Bürgerbefragung im Juni 2010 entschied über das Schicksal der grünen Lunge Meidlings. 87 Prozent der befragten Anrainer lehnten sämtliche Baumaßnahmen ab und stimmten für den Erhalt der urwüchsigen Grünfläche Springerpark/Marillental. Die endgültige Rettung der Grünoase dauerte noch drei weitere Jahre: Erst 2013 wurde die Rückwidmung der Bauflächen in das ursprüngliche Park- und Landschaftsschutzgebiet nach einem Gemeinderatsbeschluss vollzogen. Im Frühjahr 2014, hat sich die ÖVP entschlossen, das seit den 1970er-Jahren beste-



hende kleine Seminarhotel neben dem Springer-Schlössl zu sanieren. Ohne Zubauten, ohne Tiefgarage, ohne Luxusvillen, ohne Zerstörung des Parks ...

Was lernt die Politik hoffentlich daraus? Wir Bürger wollen bei der Gestaltung unseres Umfeldes mitentscheiden, uns auf Rechtssicherheit (gesetzlicher Schutz urbaner Grünflächen) verlassen können und nicht zufällig von deren Verbauung erfahren. Wir wollen eingebunden werden bei

Planung und Ausführung. Bei großen Projekten muss es eine verbindliche Befragung geben. Dem betroffenen Mitbürger muss aber auch bewusst sein, dass sich ohne sein Engagement an der etablierten Machtpolitik nicht viel ändern wird.

BI ‚Tivoli-Alarm - Rettet den Springer-Park‘

www.tivoli-alarm.at

DER SIEBENBRUNNENPLATZ BLÜHT AUF

8.000 Glückspielautomaten versprechen in Wien das schnelle, große Glück. 88 davon stehen in 13 Wett- und (Un)glückslokalen auf der Reinprechtsdorferstraße. Als das 13. Wettlokal im ehemaligem Geschäft der 2010 geschlossenen letzten Buchhandlung einzog, reichte es einigen Margaretnern.

Im Sommer 2012 luden sie Nachbarn zum ersten Treffen, und im September wurde die Republik Reinprechtsdorf feierlich im Innenhof ausgerufen. Obwohl die Verfassung daumendick ist, gibt es ein klares Ziel: Glück für alle statt Wettlokale.

Die Bürgerinitiative veranstaltet jährlich ein großes Mitmachfest am Siebenbrunnenplatz, argumentiert heftig bei Podi-

umsdiskussionen und hat für die Idee „Pflanzen auf Rädern“ den Zukunfts-ELLA der Stadt Wien (Preis der Lokalen Agenda 21) erhalten.

Kontakt:
republikreinprechtsdorf.wordpress.com

Facebook: www.facebook.com/republik.reinprechtsdorf



WIEN GEBLERGASSE - KINDER BRAUCHEN PLATZ!

Die Geblergasse feiert! Am 13. Juni 2014 fand im Schulhof des GRG 17 Geblergasse ein großes Fest statt. Der Elternverein überreichte den Aktivistinnen und Aktivistinnen der Bürgerinitiative www.rettetden-schulhof.at zum Dank für ihr Engagement Rosenstöcke. Schüler, Lehrer und Eltern haben über viele Jahre und schlussendlich erfolgreich gegen die Errichtung einer Wohnsammelgarage (viergeschoßig / 252 Stellplätze) in ihrem grünen Schulhof gekämpft.

Von 2009 bis 2013 protestierte die Schulgemeinschaft, um die Rodung von 26 Bäumen und eine monatelange Großbaustelle in Schulhof zu verhindern. 2010 legte die Bürgerinitiative der Behörde im Umwidmungsverfahren mehr als 2.500 Stellungnahmen gegen das Projekt vor. Man veranstaltete Demonstrationen am Elterleinplatz in Hernals.

2011 ließ sich die Initiative von einer unfair durchgeführten Anrainerbefragung nicht irritieren. 20 Kabarettisten und Musiker, unter ihnen Tini Kainrath, Andi Baum und Roland Neuwirth, übernahmen Baumpatenschaften.

Mit Roland Düringer zogen 700 Schüler und Eltern vor den Stadtschulrat und forderten ein Aus für das Projekt. Die Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl ignorierte den Protest und schwieg beharrlich zum Garagenbau im Schulhof der Geblergasse.

Kinderrecht vor Baurecht!

2012 rappte Esrap vor der Kalvarienbergkirche und zog mit den SchülerInnen zum Rathaus. Dort trafen die Geblergassler auf Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und überreichten ihr mit der Forderung: „Kinderrecht vor Baurecht“ einen Baum. Das Liedermacherduo Christoph und Lollo trat auf und brachte die Stimmung mit dem Lied „die Stadt gehört schon lang nicht mehr uns!“ auf den Punkt. Im Frühjahr 2012 verhinderte ein Anrainer den Projektstart; er war verreist. Die Baubewilligung wurde ihm zu spät zugestellt, - und der Baubeginn hätte aufgrund der enormen Lärmbelastung mit Start der Sommerferien erfolgen müssen.

Nach dem Parkpickerl ist vor dem Parkpickerl?

Im Herbst 2012 wurde in Hernals das Parkpickerl eingeführt. Im November erteilte die Behörde die Baubewilligung für die Monstergarage. Ein Kredit in Höhe von 5,37 Mio. Euro, ein Kredit für Millionäre, wie die „Krone“ schon 2011 feststellte, war unter Stadtrat Schicker vom Wiener Gemeinderat bereits im Juni 2010 genehmigt worden. Die Bezirksvorsteherin Ilse Pfeffer forderte trotz Parkraumbewirtschaftung zusätzlich Garagenstellplätze, obwohl das Parkpickerl die Parksituation in Hernals massiv entschärfte.

2000 Unterschriften für Petition

Im März 2013 brachte der Elternverein des Gymnasiums Geblergasse eine Petition zur Rettung des grünen Schulhofs ein, die von 400 protestierenden Schülerinnen und Schülern ins Rathaus getragen wurde. Die Petition brachte den entscheidenden Wendepunkt:

Das Garagenprojekt wurde geplant, genehmigt und mit einem Budget bedacht, wird aber nicht mehr realisiert. Einziger Wermutstropfen: die Umwidmung des Schulhofs in Bauland bleibt aufrecht.

Der grüne Schulhof ist gerettet!

Die BIG (Eigentümer), der Stadtschulrat, die Gemeinde Wien (SPÖ Alleinregierung bis 2010), der damalige Planungsstadtrat Schicker, die WIPARK und die Bezirksvorsteherung Hernals waren sich einig: Man wollte diesen Garagenbau gegen den Willen der Betroffenen umsetzen. Die Geblergassler waren sich auch einig: Nicht nur Autos, auch Kinder brauchen Platz!

*Karin Prauhart
Sprecherin der BI Rettet den Schulhof
des GRG 17 Geblergasse*

www.XXXXXXXXXX



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Verein Aktion 21 - Pro Bürgerbeteiligung
Siebenbrunnengasse 29/1, 1050 Wien,
Österreich. e-Mail: office@aktion21.at
<http://www.aktion21.at>
Mobil: +43 (0)676 30 39 799
Telefon: +43 (0)1 238 55 45
ZVR-Zl.: 972506203

Redaktion: Herta Wessely, Alexander Mayr-Harting, Layout: Ing. Viktor Zdrachal
Nachdruck nur mit Genehmigung der Autoren. Redaktionsschluss: 9. September 2014
Mitgliedsbeitrag: € 20,- Einzelmitglieder;
€ 40,- Bürgerinitiativen; € 60,- Vereine
Bankverbindung:
IBAN: AT13 2011 1287 1745 2300
BIC: GIBAATWWXXX

Grundlegende Richtung: Information der Vereinsmitglieder über Aktivitäten des Vereins und Problematiken im Bereich der Bürgerbeteiligung in Wien. Die Artikel geben die Meinung der jeweiligen Initiative wieder und stimmen nicht unbedingt mit jener der Redaktion überein. Die Anreden sind zwecks besserer Lesbarkeit geschlechtsneutral formuliert und richten sich an Frauen und Männer gleichermaßen.

Bildnachweis (Abb.): S.3:???